



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die

12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter (Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ca. 15:15 Uhr)

am 13.11.2013

in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Abg. Jürgen Borngräber

Abg.e Doris Brandt

Abg. Willi Bargfrede

Abg.e Angelika Dorsch

Abg. Hans-Jürgen Krahn

Abg. Jürgen Husemann

Abg. Bernd Sievert

Abg.e Thea Tomforde

Vertretung für Abg.e Ute Gudella-de Graaf

Vertretung für Abg. Hans-Hermann Engelken

Entschuldigt:

Abg. Hans-Hermann Engelken

Abg.e Ute Gudella-de Graaf

Verwaltung

KVD Markus Pragal

KOAR Harald Glüsing

KA Antje Brünjes

KOI Kristin Sonnenberg

VA Ivonne Thierbach

BCA Rebecca Rekate

Tagesordnung:

b) öffentlicher Teil (ab 15:15 Uhr)

- 6** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 7** Feststellung der Tagesordnung
- 8** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 9** Vorstellung der Arbeit des Pro-Aktiv-Centers (PACE) durch den zuständigen Träger
Grone Schulen GmbH
Vorlage: 2011-16/0614
- 10** Sachstand bei der Umsetzung neuer Berufsorientierungskonzepte im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage 2011-16/0618
- 11** Anträge auf Bezuschussung bzw. Finanzierung von Maßnahmen und Projekten durch den Landkreis Rotenburg (Wümme)
- 12** Haushaltsplan 2014
Vorlage: 2011-16/0616
- 13** Anfragen

b) öffentlicher Teil

Punkt 6 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der öffentliche Teil beginnt um 15:15 Uhr.

Vors. Borngräber eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung vor.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

KVD Pragal erklärt, dass aufgrund der häufigen Tagungen des Ausschusses keine neuen Berichte des Landrates vorlägen.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Vorstellung der Arbeit des Pro-Aktiv-Center (PACE) durch den zuständigen Träger Grone Schulen GmbH**
Vorlage: 2011-16/0614

Vors. Borngräber begrüßt Frau Thea Ohle und Frau Stefanie Kriebitz und übergibt das Wort an beide Damen. Nach einer kurzen Einleitung der Projektleiterin, Frau Ohle, über das seit 2007 bestehende Projekt PACE übernimmt Frau Kriebitz und stellt sich zunächst vor. Sie sei seit drei Jahren im PACE und seit 01.11.2013 im Krisenmanagement tätig. Anschließend berichtet sie über die Arbeit des PACE anhand einer PowerPoint-Präsentation (*Anmerkung d. Protokollführerin: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*). Im Anschluss an die Vorstellung fragt **Abg. Krahn**, ob sich die Anzahl aller Jugendlichen in dem entsprechenden Alter im Landkreis ermitteln lasse. Die Möglichkeit bestehe, erklärt **KVD Pragal**; aus der SGB II-Quote könne einiges abgeleitet werden, unter anderem auch die Zentrierung leistungsabhängiger Jugendlicher auf bestimmte Kernbereiche im Kreisgebiet. **Abg. Krahn** möchte wissen, wie die Verteilung der Maßnahmeteilnehmer bezogen auf das Kreisgebiet aussehe. Frau Kriebitz erklärt, es gebe drei Standorte, jeweils einen in Rotenburg, Zeven und Bremervörde. Alle Standorte seien für die Jugendlichen mit dem ÖPNV erreichbar, teilweise würden aber auch Hausbesuche stattfinden. **Abg. H.-G. Bargfrede** erkundigt sich nach der Laufzeit der Zielvereinbarungen mit den Jugendlichen. Der Regelzeitraum liege bei sechs Monaten, wobei der Unterstützungsbedarf monatlich neu kalkuliert werde, erläutert Frau Kriebitz. Erfahrungsgemäß befänden sich die Jugendlichen länger in der Maßnahme. Zur Klarstellung weist **KOAR Glüsing** darauf hin, dass alle Jugendlichen freiwillig am PACE teilnehmen würden, auch die Kunden des Jobcenters. Bei diesen werde insofern keine Sanktion bei Abbruch oder Verweigerung der Teilnahme verhängt. **Abg.e Brandt** spricht die Stabilisierung der Jugendlichen als großes Ziel der Maßnahme an und möchte wissen, wie viele Jugendlichen vor diesem Ziel erfolgreich aus der Maßnahmen ausscheiden und ob es regionale Unterschiede gebe. Überwiegend würden die Jugendlichen auch bei allgemeiner Stabilisierung weiterhin im PACE bleiben, erläutert Frau Kriebitz. Es gebe unterschiedliche Fallzahlen je Standort, wobei in Rotenburg mit 60 Fällen ein größerer Bedarf bestehe. In Zeven und Bremervörde liege die maximale Fallzahl bei 40. Probleme mit der Auslastung bestünden nicht mehr, teilt Frau von Ohle auf Nachfrage von **Abg.e Brandt** mit. Die maximale Fallzahl werde nicht mehr überschritten. **Vors. Borngräber** bedankt sich für die Präsentation und merkt an, dass die Arbeit im PACE einen guten Eindruck vermittle.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Sachstand bei der Umsetzung neuer Berufsorientierungskonzepte im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage 2011-16/0618

KOAR Glüsing berichtet über die Gewinnung der Vita-Akademie als Kooperationspartner für BoB-Dreisprung. Nach der letzten Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter habe man außerdem Kenntnis von dem ESF-Antrag eines weiteren Anbieters, der Lawaetz-Stiftung, erlangt, welche eine Fristverlängerung für den Antrag von der NBANK erhalten habe. Abschließend zu diesem TOP fügt **KVD Pragal** hierzu, dass hinsichtlich des ESF-Antrages zu „JETZT“ kurzfristig eine Entscheidung der NBANK erwartet werde.

Punkt 11 der Tagesordnung: **Anträge auf Bezuschussung bzw. Finanzierung von Maßnahmen und Projekten durch den Landkreis Rotenburg (Wümme)**

KVD Pragal nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage zu TOP 11 und stellt die Sachverhalte zusammenfassend kurz vor. Der Ausschuss stimmt sodann über den vorliegenden Beschlussvorschlag ab.

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) stellt für das Projekt „JETZT“ Mittel in Höhe von 5.600 € im Haushalt bereit.

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) gewährt dem Herbergverein Wohnen und Leben e. V. auf seinen Antrag hin eine Zuwendung in Höhe von 10.000 € zur Beschaffung eines leistungsfähigeren Fahrzeuges.

Der Ausschuss folgt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2014**
Vorlage: 2011-16/0616

KOAR Glüsing stellt die Produkte des Teilhaushalts 7 sowie die Ergänzungen zu dem bisherigen Entwurf entsprechend der Beschlussvorlage zu TOP 12 vor und gibt jeweils Erklärungen hierzu ab. Die angefragte Kofinanzierung des Projektes „JETZT“ sei bisher noch nicht im Entwurf für das Produkt 31.2.02 berücksichtigt. Auf Nachfrage von **Abg. H.-G. Bargfrede**, weshalb das Ergebnis in 2012 einen positiven und in 2013 einen negativen Betrag ausweise, erklärt **KOAR Glüsing**, dass dies an den Abschreibungen liege, Fragen zu Abschreibungen jedoch nur im Finanzausschuss beantwortet werden könnten. (*Anmerkung: Nach Auskunft der Kämmerei sind Abschreibungen in diesem Bereich vor allem uneinbringliche Rückflüsse; etwa Darlehen, die infolge wirtschaftlichen Unvermögens von Betroffenen nicht zurückgezahlt werden könnten*). Im Produkt 31.2.04 sei angesichts sinkender Fallzahlen und Verbesserung der Einkommenssituation der Leistungsbezieher eine Reduzierung der vom Bund zu 100 % zu erstattenden Leistungen erfolgt, fährt **KOAR Glüsing** fort. Diesbezüglich möchte **Abg. H.-G. Bargfrede** wissen, inwieweit ein Abbau von Fällen und Rückgang von Mitteln mit einem Personalabbau einhergehe. **KOAR Glüsing** erläutert hierzu, dass grundsätzlich entscheidend sei, welches Ziel verfolgt werden solle;

also ob etwa vor allem eine möglichst niedrige Personalausstattung oder ob stattdessen eine möglichst niedrige Zahl an Hilfebedürftigen angestrebt werden solle. Im Übrigen erfolge im Bereich des Jobcenters von 2013 zu 2014 ein Stellenabbau von etwas mehr als 1 Stelle.

Vors. Borngräber bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Abstimmung des vorliegenden Beschlussvorschlages.

Beschlussvorschlag:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2014 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Der Ausschuss nimmt diesen Beschlussvorschlag einschließlich der sachlich dem Produkt 35.1.03 aus dem Teilhaushalt 4 zuzuordnenden Mittel in Höhe von 10.000,00 € für die Beschaffung eines Fahrzeuges entsprechend des Antrages des Herbergsvereins Wohnen und Leben e. V. einstimmig an.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: Anfragen

Abg. Husemann stellt die Frage, ob Probleme hinsichtlich der Verfügbarkeit von angemessenem Wohnraum im Landkreis bekannt seien und welche Lösungsansätze in diesem Zusammenhang unternommen würden. Die Verfügbarkeit von angemessenem Wohnraum sei seit längerem Thema, erläutert **KVD Pragal**. Unter anderem beschäftige sich eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der Politik, der Wohlfahrtsverbände sowie der Verwaltung hiermit. Ein wesentliches Problem bestehe darin, dass insbesondere kleine Wohnungen im Landkreis nicht in ausreichendem Maße vorhanden seien. Allein durch Erhöhung der Angemessenheitsgrenze werde allerdings kein neuer Wohnraum geschaffen. Aus diesem Grund sei die Förderrichtlinie zur Schaffung kleinen bezahlbaren Wohnraums entstanden; hierfür möge weiterhin aktiv geworben werden, da noch Mittel vorhanden seien. Daneben werde unter Berücksichtigung der bekannten bzw. kundenseitig vorgetragenen Besonderheiten im Einzelfall ggf. eine abweichende Entscheidung im Jobcenter getroffen, was sich bisher in der Praxis bewährt habe. In diesem Zusammenhang lobt **Abg.e Brandt** die Einzelfallprüfungen des Jobcenters und bedankt sich zudem für die Verlinkung der Förderrichtlinie auf der Startseite der Homepage des Landkreises.

Des Weiteren möchte **Abg. Husemann** wissen, inwieweit das Jobcenter seiner der Beratungspflicht hinsichtlich steigender Energiekosten nachkomme. **KOAR Glüsing** weist darauf hin, dass die Energieberatung keine Aufgabe des Jobcenters sei, sich dieser Thematik aber dennoch im Rahmen des Möglichen angenommen werde. In diesem Zusammenhang erläutert **KOAR Glüsing** die rechtliche Zuordnung von Heizkosten und Stromkosten. Bezüglich der Heizkosten gebe es bisher kaum Probleme, da die jeweilige Angemessenheitsgrenze unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Anwendung des bundesweiten Heizspiegels regelmäßig sehr großzügig ausfalle. Die Stromkosten seien als Bestandteil des Regelbedarfs allerdings konfliktträchtiger. Jeder Leistungsberechtigte erhalte seinen Regelbedarf zur freien Verfügung und sei gehalten, hiermit eigenverantwortlich umzugehen und seine laufenden Verbindlichkeiten, unter anderem gegenüber dem Energieversorger, hieraus zu begleichen. Auf Kostensteigerungen werde seitens des Gesetzgebers entsprechend mit einer jährlichen Erhöhung der Regelbedarfe reagiert. Der Bedarf sei insofern grundsätzlich gedeckt; bei bestehender Notlage könne jedoch ggf. eine darlehensweise Übernahme von Rückständen erfolgen. Hierauf bestehe allerdings kein Anspruch, denn der gesetzliche Anspruch werde bereits durch die Regelleistungen abgedeckt.

Nachdem keine Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Borngräber** die Sitzung um 16:32 Uhr.

(Borngräber)
Vorsitzender

(Pragal)
Kreisverwaltungsdirektor

(Sonnenberg)
Protokollführerin